



Neues aus dem ver.di Landesbezirk Hessen

BLICKWINKEL

Im Dezember 06/2021

Liebe Kollegin, lieber Kollege,



Landesbe-
zirksleiter
Jürgen
Bothner

ein weiteres Corona-Jahr neigt sich dem Ende zu. Noch ein Jahr, das uns in vielerlei Hinsicht privat und beruflich an unsere Grenzen brachte. Zu vielen von euch wird weiterhin zu viel abverlangt. Buchstäblich bis zur Erschöpfung sorgt ihr dafür, dass alles trotz Pandemie funktioniert. Allen voran die Beschäftigten in der Pflege, im Handel, auf den Gesundheitsämtern, in Bussen und Bahnen. Aber auch die, die im Hintergrund unablässig wirken und wirbeln brauchen unsere Aufmerksamkeit, unseren Respekt und Dank.

Wir unterstützen euch, wo wir es können. Auch wenn das Gewerkschaftsleben durch die Pandemie immer wieder empfindlich eingeschränkt ist. Wir sind da! Gemeinsam und stark! Kompetent und wahrnehmbar!

Das gilt auch für das kommende Jahr, indem nicht nur Betriebsräte neu gewählt und zahlreiche weitreichende Tarifauseinandersetzungen bestritten werden, sondern auch für den Beginn der sogenannten Organisationswahlen – der direkten Beteiligung der Mitglieder – das Fundament unserer ver.di.

Aber erstmal lasst uns alle daran arbeiten, der Pandemie ein baldiges Ende zu bereiten. Ich wünsche euch eine erholsame Weihnachtszeit und für das neue Jahr Glück, Gesundheit und dass wir weiterhin füreinander da sind. ♦

Euer Jürgen Bothner

Wechsel im Fachbereich Handel

Schäuble folgt auf Schiederig

Der hessische Fachbereich 12 hat einen neuen Leiter. Marcel Schäuble, 48 Jahre alt und vielen seit Jahren aus dem Fachbereich bekannt. Marcel Schäuble löst Bernhard Schiederig ab, der in den Ruhestand gewechselt ist (wir berichteten).

Marcel ist ein echter „Frankfurter Bubb“. Geboren und - abgesehen von einem Abstecher ins badische Albbbruck – aufgewachsen in Frankfurt. Schule in Frankfurt, Ausbildung bei Wertkauf im frankfurtnahen Dreieich, Prüfung zum Handelsassistenten an der IHK Frankfurt, Studium der Politologie in Frankfurt, jetzt ver.di-Landesbezirk Hessen in Frankfurt.

Den Handel kennt Marcel aus dem Effeff. 23 Jahre lang war er im Einzelhandel beschäftigt, genaugenommen auch im selben Betrieb, der aber durch Eigentümerwechsel mehrmals den Namen wechselte.

Seine Ausbildung zum Einzelhandelskaufmann hatte Marcel Schäuble im Alter von 19 Jahren beim Einzelhändler Wertkauf begonnen, nach dem Abitur. Mit 21 sattelte er auf zum Handelsassistenten. Anschließend wurde er Substitut beim ehemaligen Wertkauf, der mittlerweile Walmart hieß und später Real-SB-Warenhaus. Bevor sich Marcel im Betriebsrat engagierte, absolvierte er ein Studium der Politologie und schloss mit Diplom ab. Zurück im Betrieb wurde er den Betriebsrat gewählt, in den Gesamtbetriebsrat und war mehrere Jahre Betriebsratsvorsitzender. Bei ver.di übernahm er als ehrenamtlicher >



„Die Schwerpunkte meiner Tätigkeit sehe ich darin, gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen für bessere Arbeits- und Einkommensbedingungen in der Branche des Handels streiten und kämpfen.“

Funktionär unterschiedliche Funktionen: Mitarbeit in der Fachgruppe, in der Tarifkommission, in der verhandelnden Tarifkommission, im Landesfachbereichsvorstand und als Vorstandsvorsitzender des Landesfachbereichs.

Dann wurde er 2015 hauptamtlicher Gewerkschaftssekretär bei ver.di im Fachbereich Handel. Seine Einsatzgebiete waren Wiesbaden und Osthesen mit Fulda. 2020 wechselte Marcel nach Frankfurt. Marcel ist im Sonntagsschutz aktiv, bei der Allianz für den freien Sonntag und beim internationalen Bildungswerk TIE (transnational information exchange), das sich für globale Solidarität, internationale gewerkschaftliche Vernetzung und Beschäftigtenetzwerke einsetzt.

Da ist es nur logisch, dass Marcel auch im eigenen Fachbereich beteiligungsorientiert arbeitet. Er sagt: „Die Schwerpunkte



Marcel Schäuble ist ein echter „Frankfurter Bubb“.

meiner Tätigkeit sehe ich darin, gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen für bessere Arbeits- und Einkommensbedingungen in der Branche des Handels streiten und kämpfen. In den kommenden Jahren wird es sehr intensiv darum gehen, nachhaltig für eine höhere Tarifbindung in der Branche zu kämpfen. Sie liegt derzeit bei 30 Prozent. Daher ist es auch wichtig, mehr Beschäftigte für die Gewerkschaft zu

begeistern und sie zu überzeugen, dass es am Ende lohnenswert ist, sich für bessere Arbeitsbedingungen einzusetzen. Wir wollen insbesondere in den umsatzstarken und tarifpolitisch wichtigen Teilbranchen wie zum Beispiel Lebensmittel, online-Handel und Textil stärker werden. Der Handel ist der größte Arbeitgeber hierzulande. Die Beschäftigten leisten grade jetzt in der Coronazeit eine wichtige Arbeit, sind dabei ständig in Gefahr, sich anzustecken. Ihnen gebührt Anerkennung, Respekt und Wertschätzung. Dafür stehe ich und dafür werde ich mich einsetzen.“ ♦

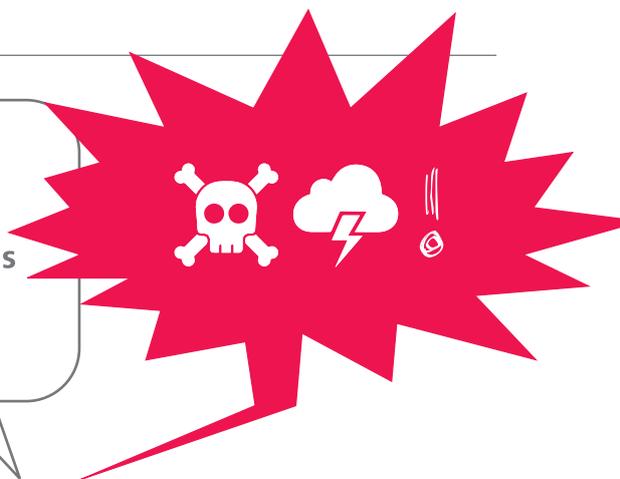
Wer kontrolliert die 3-G-Regel im ÖPNV?

Geschlagen, Getreten, Geschubst

ver.di Hessen und die Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft EVG sind entschieden dagegen, Fahr- und Begleitpersonal im Öffentlichen Personen-Nahverkehr ÖPNV die Einhaltung der 3G-Regeln bei den Fahrgästen kontrollieren zu lassen.

ver.di Landesbezirksleiter Jürgen Bothner: „Hierfür sind Busfahrer*innen, Zugbegleiter*innen und Kundenbetreuer*innen nicht ausgebildet. Außerdem können sie nicht zusätzlich zu ihrer regulären beruflichen Tätigkeit polizeiliche Aufgaben wie Ahndung und Sanktionierung übernehmen. Dies wäre eine nicht akzeptable Mehrbelastung, die auch durch fehlende Qualifizierung dem ursprünglichen Zweck der Regel, nämlich dem Infektionsschutz, nicht dienen würde.“

Ihren
Impfweis
bitte ...

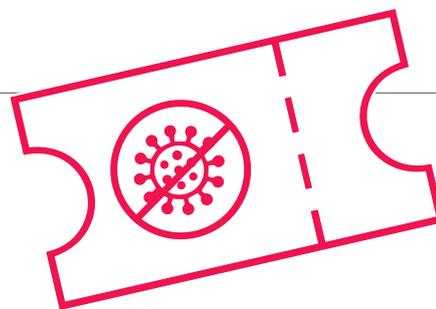


Die neue Mehrheit der zukünftigen Bundesregierung hatte im Bundestag ein Gesetz beschlossen, das die 3-G-Regel (geimpft – genesen – getestet) im ÖPNV einführt. Demnach dürfen seit dem 24. November 2021 Fahrgäste Busse und Züge nur noch betreten, wenn sie geimpft, genesen oder getestet sind. Bei einem Verstoß hat der Fahrgast Bus oder Zug an der nächsten Haltestelle zu verlassen, außerdem wird ein Bußgeld fällig. Allerdings ist im Gesetz nicht geregelt, wer das kontrollieren soll. Als Blaupause könne hierfür die „Gemeinsame Erklärung des Runden Tisches zur Maskenpflicht“ dienen. Hier hatten sich Vertreterinnen und Vertreter der Länder, des Bundes, der Gemeinden und Gewerkschaften darauf verständigt, dass die Durchsetzung der Maskenpflicht den Ordnungsbehörden obliegt. >

Andreas Güth, Leiter der EVG-Geschäftsstelle Kassel kritisiert, dass nicht gleich mit der Einführung der 3G-Regel bestimmt wurde, von wem und wie die Kontrollen durchgeführt werden. Denn die Erfahrung bei der Maskenkontrolle habe bereits gezeigt, dass es nicht selten zu verbalen Übergriffen und Tätlichkeiten kommt.

„WIR FORDERN DIE POLITIK AUF, DEN KOLLEG*INNEN UMGEHEND AUSGEBILDETES UND ROUTINIERTES SICHERHEITSPERSONAL ZUR SEITE ZU STELLEN.“

An der aggressiven Stimmung im ÖPNV habe sich wenig geändert, so Güth. „Es ist eher schlimmer geworden. Die Übergriffe



nehmen sowohl quantitativ als auch qualitativ zu. Nur der Hinweis auf eine nicht richtig sitzende Maske genügt, um verbal und körperlich angegriffen zu werden.“

Nur ausgebildetes Sicherheitspersonal kann im Zusammenspiel mit den Ordnungsbehörden für angemessene Kontrolle und damit auch für die wirksame Bekämpfung der Pandemie sorgen.

Diese Position ist jetzt offizielle Beschlusslage im DGB-Hessen Thüringen. ver.di und EVG brachten bei der Bezirkskonferenz am 4.12.2021 in Bad Hersfeld einen entsprechenden Initiativantrag ein, der mit großer Mehrheit beschlossen wurde. ♦

Tarif- und Besoldungsrunde TV-H 2021 abgeschlossen

86 Prozent der Mitglieder stimmen zu



Jens Ahäuser:
Es wird deutlich, dass wir in schwierigen Zeiten einen ordentlichen Kompromiss erreichen konnten.

Der Tarifvertrag mit dem Land Hessen ist endgültig angenommen. Zuletzt hatten die betroffenen Mitglieder die Wahl, zuzustimmen oder abzulehnen. 86 Prozent derjenigen, die sich an der Befragung beteiligt haben, waren für die Annahme des Verhandlungsergebnisses. Tarifkoordinator Jens Ahäuser: „Das ist ein eindeutig positives Votum. ver.di konnte damit die Annahme gegenüber dem Land erklären. Jetzt gehen wir im Januar in die Redaktion der Tariftexte.“

Jens Ahäuser zum Abstimmungsergebnis und den Anmerkungen, die Mitglieder geschickt haben: „Es wird deutlich, dass wir in schwierigen Zeiten einen ordentlichen Kompromiss erreichen konnten. Positiv bewertet worden sind beispielsweise die hohe Coronaprämie, der Mindestbetrag im zweiten Erhöhungsschritt,

die Verabredungen für den Hochschulbereich und auch die zusätzlichen Tarifregelungen zum Mobilien Arbeiten und der Digitalisierung. Das gilt insbesondere auch für das Gesamtpaket für die Auszubildenden (Übernahme, Einstieg in Stufe 2 usw.) und die Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten, die allerdings noch als Gesetz beschlossen werden muss. Dass wir uns insgesamt aber nicht ausruhen können, dass uns nicht alles geglückt ist, was wir uns vorgestellt haben, ist auch klar. Insbesondere müssen wir alle weiter daran arbeiten, mehr Beschäftigte davon zu überzeugen, mitzumachen und Tarifergebnisse nicht als Selbstverständlichkeit zu sehen.“ ♦

?!

Was macht ein Tarifkoordinator?

Der Tarifkoordinator (es gibt bei ver.di keine Frau in dieser Funktion, daher die männliche Form) ist ein Spezialist für die vielen Tarife im öffentlichen Dienst. Die Berufe des öffentlichen Dienstes sind bei ver.di breit auf die Organisation verteilt, öffentliche Banken, Krankenhäuser, Kitas, Gemeinden/Kommunen, das Land und der Bund. Beim Tarifkoordinator laufen die Fäden zusammen. Er begleitet die Tarifverhandlungen in seinem Bundesland und hält Kontakt zu den Kollegen der anderen Bundesländer. Bei Verhandlungen auf Bundesebene ist er anwesend.



Die Beschäftigten der Uniklinik Frankfurt bei Streikdemos am 24. und 25. November.

Ein bisschen Geschichte: Tarifdschungel öffentlicher Dienst

Warum die Uniklinik Frankfurt nicht im Hessentarif ist



Georg Schulze kennt die Tarifgeschichte der Uniklinik Frankfurt

Vor kurzem gab es in vielen Bundesländern große Streiks an Kliniken und anderen Landeseinrichtungen. Der Grund: Die überaus zähen Tarifverhandlungen der Länder. In Hessen war es ruhig, denn die Gewerkschaften und das Land hatten ihren Tarifvertrag schon im Oktober abgeschlossen.

Hessen sitzt seit 2004 nicht mehr mit den anderen 15 Bundesländern am

Verhandlungstisch. Nur ein hessischer Betrieb ist bei den übrigen Ländern verblieben: die Uniklinik Frankfurt. Deshalb streikten die Beschäftigten dort mit den Kolleg*innen der anderen 15 Bundesländer. Und sie bekommen jetzt auch ihre Lohnerhöhungen und die Coronaprämie nach dem Tarifvertrag der Länder.

Wie kommt das, wo doch akademische Lehrkrankenhäuser traditionell klar in Landeshand sind? Also müsste die Uniklinik Frankfurt strenggenommen doch im Tarifvertrag Hessen, TV-H, sein? Die Gründe liegen in der Geschichte. Als das Land Hessen

unter der Regierung Roland Koch 2004 die Tarifgemeinschaft deutscher Länder TdL verließ (und die Privatisierung der beiden anderen anderen akademischen Lehrkrankenhäuser in Hessen, Gießen und Marburg betrieb), war die Uniklinik Frankfurt praktisch in einem tariflosen Zustand, erinnert sich Georg Schulze, damals und heute Landesfachbereichsleiter Gesundheit. „ver.di Hessen und der damalige Klinikvorstand waren sich einig, dass die Tarifbindung für die Beschäftigten geklärt werden sollte. Sie sollten nicht tariflos sein oder von der Tarifentwicklung abgehängt werden. Keiner wusste, ob das Land Hessen wieder eine Tarifbindung eingehen würde. Deshalb einigten wir uns schließlich auf einen Haustarifvertrag, der die Regelungen des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst der Länder TV-L fast wortgleich übernommen hat. Im Prinzip hat man lediglich aus dem TV-L das herausgestrichen, was inhaltlich keinen Bezug zu den Arbeiten am Klinikum hat. Haustarifverträge werden in der Regel eigenständig verhandelt. Hier wurde verabredet, das nicht zu tun, sondern die TdL-Tarifvereinbarungen als Anwendungstarifvertrag an der Uniklinik einzurichten. 2008 war es zum ersten Mal soweit.

Seitdem streiken die Kolleg*innen der Uniklinik immer mit den anderen Ländern.“ ♦

Recht bekommen

Besoldung von hessischen Beamt*innen ab 2013 zu niedrig

Es tut sich was in Sachen Beamtenbesoldung in Hessen. Wir erinnern uns: Die schwarz-grüne Landesregierung hatte den Beamten 2015 eine Nullrunde verordnet, für 2016 und 2017 eine Steigerung ihrer Bezüge lediglich um ein Prozent.

Tatsächlich wurden die Bezüge im Juli 2017 um 2 Prozent und dann im Februar 2018 um weitere 2,2 Prozent erhöht. Allerdings hatte das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) schon im Mai 2015 Grundlagen für die Berechnung von Besoldungsanpassungen aufgestellt. Einige der Betroffenen zogen vor Gericht, weil sie diese als nicht eingehalten betrachteten.

Sie erzielten jetzt einen wichtigen Etappensieg. Der Hessische Verwaltungsgerichtshof (HessVGH) entschied am 30. November 2021, die Besoldung in A 6 war mindestens in der Zeit von 2016 bis 2020 unter verfassungsgerichtlichen Gesichtspunkten zu niedrig. In der Besoldungsgruppe W-2 sogar in der Zeit von 2013 bis einschließlich 2020. Gleichwohl sah sich das Gericht gezwungen, den Streitfall dem BVerfG zur letztendlichen Entscheidung vorzulegen. Rainer Lach, Vorsitzender des ver.di-Landesaus-

schusses der Beamt*innen: „Zwar ist mit dieser Entscheidung klargestellt, dass das Land Hessen Sparpolitik auf dem Rücken der über 100.000 Beamtinnen und Beamten im Bereich des Landes, der Städte, Gemeinden und Landkreise sowie der Sozialversicherungsträger betrieben hat. Damit ist den Betroffenen aktuell aber nicht geholfen“. Lach wies darauf hin, dass die erstinstanzliche Entscheidung des Verwaltungsgerichts Frankfurt am Main vom März 2018 stammt und somit mittlerweile über drei Jahre alt ist. Von daher forderte Lach das Land auf, unmittelbar zu handeln und nicht den weiteren Rechtsweg zu beschreiten. Dabei müsse dann auch über eine Anpassung aller Besoldungsgruppen gesprochen werden, weil es ansonsten zu systematischen Brüchen kommen kann. Das scheint Wirkung zu zeigen.

Ministerpräsident Bouffier hat am 8. Dezember 2021 im Landtag im Rahmen der Beratung des Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetzes 2022/2023 erklärt, dass nach Vorlage der schriftlichen Entscheidungsgründe diese geprüft würden, um dann möglicherweise direkt eine Anpassung vorzunehmen. Wann die Entscheidung im vollen Wortlaut vorliegt, ist derzeit noch offen. ♦



Beamtinnen und Beamte protestieren im Jahr 2017 gegen die ihrer Meinung nach zu niedrige Besoldung. Jetzt gaben ihnen die Richter*innen des hessischen Verwaltungsgerichtshofs recht.

Hennes & Mauritz

Streiken für einen Digitalisierungstarifvertrag

Der Bekleidungseinzelhändler H&M will in den nächsten Jahren die Arbeit und die Geschäfte höchstmöglich digitalisieren. Geplant ist beispielsweise die Einführung von RFID (Radio-Frequency Identification) mit einem Chip in allen Textilien als Datenspeicher zum schnelleren Lokalisieren von Artikeln in den Filialen bei Bestellungen, Kunden*innenanfragen und Inventuren.

Darüber hinaus steht eine so genannte virtuelle Umkleidekabine auf der Agenda von H&M: Hier sollen Kund*innen ohne Unterstützung von Verkäufer*innen sich vor einem digitalen Spiegel persönliche Vorschläge fürs Einkleiden geben lassen, anprobieren und daraufhin kaufen oder bestellen können. ver.di fürchtet mit der Einführung dieser und anderer digitaler Technik, dass die bisherige Tätigkeit im Verkauf abgewertet, Beratung weitgehend überflüssig gemacht und der Kontakt zu Kund*innen auf ein Minimum beschränkt wird. Verkäufer*innen werden zu Hilfskräften und Boten oder zu „Anhängseln“ des Online-Geschäfts degradiert.

Dadurch ist das Wegrationalisieren von Arbeitsplätzen ebenfalls zu erwarten. Deshalb fordert

ver.di von H&M den Abschluss eines Digitalisierungstarifvertrages für eine nachhaltige Beschäftigungssicherung durch Regelung des Einsatzes von Leiharbeit, eine interne Stellenvermittlung, Qualifizierungsangebote und Garantien für die tarifliche Bezahlung. Darüber hinaus sollen die Beschäftigten vor gesundheitsgefährdenden Überlastungen und ständig steigender Arbeitsverdichtung geschützt werden. Bisher hat H&M jede ernsthafte Verhandlung über einen solchen Tarifvertrag verweigert. Bundesweite Streiks sollen helfen, die starre Haltung der Geschäftsführung „aufzubrechen“. In Hessen gab es bei H&M Streiks in den südhessischen Städten Darmstadt, Viernheim und Weiterstadt am 26. November 2021 und am 10. Dezember 2021. An diesem Tag beteiligten sich auch die Wiesbadener Kolleg*innen von H&M. ♦



Diese Verkäufer*innen kämpfen für einen Digitalisierungstarifvertrag.

Kurz gemeldet:

Alle 4 Jahre wieder – Organisationswahlen

Es geht wieder los: Die ver.di-Gremien werden satzungsgemäß neu gewählt, Inhalte diskutiert und per Abstimmung zur offiziellen Beschlusslage gemacht. Das geschieht in Mitgliederversammlungen, Fachbereichskonferenzen, Bezirkskonferenzen, Landesbezirkskonferenzen und schließlich beim Bundeskongress.



Im Januar schon gibt es die ersten Versammlungen auf örtlicher Ebene. Wann und wo sie stattfinden, steht jetzt in einer zentralen Datenbank im Internet. Das ist ganz neu für diese Orgawahlen. Die Adresse lautet <https://orgawahlen.verdi.de>.

Dort im Drop-down-Menue Landesbezirk und Fachbereich auswählen, dann kommen die Infos. Die Seite wird ständig aktualisiert, es lohnt sich, dort öfter vorbeizuschauen. Insbesondere durch die Coronasituation können sich auch kurzfristig Änderungen ergeben. Also: reinklicken.

<https://orgawahlen.verdi.de>

Große Veränderungen – aus 13 Fachbereichen werden 5

Seit ver.di-Gründung im Jahr 2001 waren die vielen Berufsgruppen, die ver.di organisiert, in 13 Fachbereiche aufgeteilt. Sie spiegelten die Organisationsbereiche der damaligen Gründungsgewerkschaften wider. Die Arbeitswelt änderte sich, die Digitalisierung nahm rasant Fahrt auf, die Fachbereichszuschüsse passten nicht mehr, so die Analyse des ver.di-Bundesvorstands 2017.

Nach gründlicher Diskussion in der Organisation und bei den Orgawahlen 2019 ist es beschlossene Sache: Aus 13 werden 5. Ab 1. Januar gelten in ver.di die neuen Fachbereichsstrukturen. Das heißt, die Organisationswahlen finden ebenfalls in diesen neuen Fachbereichsstrukturen statt.

AUS 13 WERDEN 5

- FB A:** Fachbereich Finanzdienste, Kommunikation und Technologie, Kultur, Ver- und Entsorgung (Ehemals Fachbereiche 1, 2, 8, und 9)
- FB B:** Öffentliche und private Dienstleistungen, Sozialversicherung und Verkehr (Ehemals Fachbereiche 4, 6, 7, 11 und 13)
- FB C:** Gesundheit, Soziale Dienste, Bildung und Wissenschaft bzw. Gesundheit, Bildung, Soziale Dienste und Wissenschaft (Ehemals Fachbereiche 3 und 5)
- FB D:** Fachbereich Handel (Ehemals Fachbereich 12)
- FB E:** Fachbereich Postdienste, Speditionen und Logistik (ehemals Fachbereich 10)

Bald geht's los: Tarifrunde Sozial- und Erziehungsdienst

Eigentlich sollte sie schon im Frühjahr 2020 beginnen, die Tarifrunde S+E. Wegen Corona wurde sie verschoben, jetzt zum zweiten Mal, auf Februar 2022. Die Marschrichtung ist klar: Aufwerten und Entlasten. Bei einer bundesweiten Befragung sind 11 Punkte herausgekommen, die den Kolleg*innen besonders wichtig sind. Die Bundestarifkommission wird daraus eine Forderung machen, die am 17. Dezember 2021 beschlossen wird. Wenn ihr mehr dazu wissen möchtet, dann sei euch der Newsletter Sozial- und Erziehungsdienst Dezember 2021 empfohlen, der gerade erschienen ist.

📄 Hier geht es zum Newsletter Sozial- Erziehungsdienst Dezember 2021: <https://bit.ly/3ycTgod>.



ver.di Hessen im Netz:

- Homepage:** <https://hessen.verdi.de>
- Facebook:** <https://www.facebook.com/hessen.verdi>
- Twitter:** <https://twitter.com/verdihessen>
- Instagram:** <https://www.instagram.com/verdihessen/>
- Youtube:** <https://www.youtube.com/channel/UC5mZteTYqduoFHUCXn8YAMQ>

Der Videopodcast des Landesbezirksleiters Jürgen Bothner immer auf der Seite des Landesbezirks <https://hessen.verdi.de/>



IMPRESSUM

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, Landesbezirksverwaltung Hessen, Wilhelm-Leuschner-Str. 69–77, 60329 Frankfurt

Redaktion: Ute Fritzel **Grafik:** Elke Böhm **Bildnachweise:** Seite 1: Grafik: ver.di; Peter Jülich; Ute Fritzel; Seite 2: Ute Fritzel; Seite 3: Ute Fritzel; Seite 4: Ute Fritzel; Seite 5 Corinna Vahrenkamp; Seite 6: Marion Harbarth ; Grafik: ver.di; Seite 7: ver.di Hessen, Fachbereich 07; ver.di